

Pressemitteilung

des Erhard-Eppler-Kreises

8. März 2026



Alles dafür tun, die Kriegsparteien wieder an den Verhandlungstisch zu bringen

Die jüngsten Militärschläge Israels und der USA gegen Iran sowie die darauf folgenden iranischen Gegenangriffe markieren eine gefährliche neue Eskalationsstufe im Nahen Osten. Die Fortsetzung und Ausweitung militärischer Gewalt bedroht das Leben von immer mehr Menschen und treibt die Region weiter in Richtung eines Flächenbrandes.

Der Erhard-Eppler-Kreis fordert die Bundesregierung auf, sich für einen sofortigen Stopp der Kriegshandlungen einzusetzen und gemeinsam mit ihren Partnern in der Europäischen Union und im Rahmen der Vereinten Nationen alles dafür zu tun, die Kriegsparteien unverzüglich wieder an den Verhandlungstisch zu bringen.

Die Militärschläge Israels und der USA gegen Iran verletzen das in der UN-Charta verankerte Gewaltverbot. Das Selbstverteidigungsrecht nach Artikel 51 der UN-Charta kann militärische Gewalt nur dann rechtfertigen, wenn eine unmittelbare bewaffnete Bedrohung vorliegt. Dies gilt unabhängig davon, dass das iranische Regime seit Jahrzehnten die eigene Bevölkerung massiv, brutal und ohne Rücksicht auf Menschenleben unterdrückt, Israel bedroht und die Region destabilisiert. Dazu gehören auch Irans Raketenprogramme und seine Unterstützung bewaffneter Gruppen in der Region. Völkerrechtsbrüche dürfen nicht relativiert werden – auch dann nicht, wenn sie von strategischen Partnern begangen werden. Ebenso müssen die iranischen Gegenangriffe auf Israel und auf Staaten der Region sofort beendet werden.

Wer das Völkerrecht nur gegenüber geopolitischen Gegnern einfordert, untergräbt seine universelle Geltung. Deutschland darf nicht den Eindruck erwecken, dass Recht dort mit Nachdruck eingefordert wird, wo es den eigenen politischen Interessen entspricht, und dort zur Nebensache erklärt wird, wo Verbündete handeln. Artikel 25 Grundgesetz ist eindeutig:

„Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechts.“ Sie binden alle Verfassungsorgane. Gerade wegen unserer Geschichte und wegen der Lehren aus dem 20. Jahrhundert muss für Deutschland gelten: Die Stärke des Rechts darf niemals durch das Recht des Stärkeren ersetzt werden.

Der Konflikt droht zudem weit über Iran und Israel hinaus zu eskalieren. Angriffe auf militärische Einrichtungen, Energieinfrastruktur und internationale Handelsrouten könnten die gesamte Region erfassen und gravierende Folgen für die internationale Sicherheit und die Weltwirtschaft haben.

Zugleich steht der Konflikt im Zusammenhang mit der ungelösten Frage des iranischen Atomprogramms. Gerade deshalb wäre eine Rückkehr zu internationalen Kontroll- und Verhandlungsformaten dringend erforderlich.

Statt Regimewechsel-Rhetorik, militärischer Eskalation und immer neuer Drohungen braucht es jetzt Diplomatie, Deeskalation und eine politische Lösung. Die Erfahrungen aus Afghanistan, Irak und Libyen zeigen, dass militärische Gewalt ohne tragfähigen politischen Plan nicht Frieden schafft, sondern Instabilität, Leid und neue Gewalt hervorbringt. Menschen- und Bürgerrechte für alle Männer, Frauen und Kinder im Iran lassen sich nicht herbeibomben.

Wie zynisch diese Option tatsächlich wäre, zeigt ein Blick auf die Realität vor Ort: Die iranische Zivilbevölkerung verfügt weder über Schutzräume noch über Bunker. Vollends unverantwortlich ist die vielfach zu hörende Aufforderung an die unbewaffnete Bevölkerung, nach den Bombardements durch die USA und Israel nun selbst den Regimewechsel in die Hand zu nehmen – angesichts von mutmaßlich über 30.000 Todesopfern unter friedlich Demonstrierenden allein in den vergangenen Wochen. Gleiches gilt für die zahlreichen unschuldigen Menschen, die derzeit in iranischen Gefängnissen inhaftiert sind und der willkürlichen Repression des Regimes ausgeliefert bleiben.

Der Erhard-Eppler-Kreis erwartet von der Bundesregierung deshalb,

- den Völkerrechtsbruch Israels und der USA klar zu benennen;
- sich innerhalb der Europäischen Union, der Vereinten Nationen und gegenüber Washington, Jerusalem und Teheran mit Nachdruck für einen sofortigen Waffenstillstand und die Rückkehr zu ernsthaften Verhandlungen einzusetzen;
- keine weiteren Waffenlieferungen in den aktuellen Krieg zu genehmigen und keine militärische Beteiligung Deutschlands zuzulassen – auch nicht indirekt über Einrichtungen auf deutschem Boden;

- auf eine regionale Friedens- und Sicherheitsordnung hinzuwirken, die auf Völkerrecht, staatlicher Souveränität, nuklearer Rüstungskontrolle und dem Schutz der Zivilbevölkerung beruht.

Die Zukunft des Nahen Ostens darf nicht durch Bomben, Vergeltung und äußere Machtansprüche entschieden werden. Sie muss durch Politik, Verhandlungen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker gestaltet werden. Alles andere verlängert den Krieg, vertieft das Leid der Zivilbevölkerung und untergräbt die Glaubwürdigkeit jener internationalen Ordnung, auf die Deutschland selbst angewiesen ist.

Über den Erhard-Eppler-Kreis „Frieden 2.0“

Der Erhard-Eppler-Kreis "Frieden 2.0" ist ein politischer Arbeitskreis, den Erhard Eppler noch kurz vor seinem Tod ins Leben gerufen hat. Er entstand aus Sorge über die Gefahren, die durch die Aufkündigung des INF-Vertrags durch die USA im Jahr 2019 entstanden sind. Der Kreis führt das Erbe von Erhard Eppler fort, organisiert Veranstaltungen, arbeitet mit Institutionen zusammen und fördert den Dialog mit politischen Entscheidungsträgern mit dem Ziel, die Mechanismen des Friedens verständlich zu machen.

Erhard Eppler (1926-2019) war ein deutscher SPD-Politiker, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit (1968-1974), Bundestagsabgeordneter (1961-1976), Landtagsabgeordneter in Baden-Württemberg (1976-1982), und eine bedeutende Persönlichkeit der Friedensbewegung der 1980er Jahre, zudem engagiert im Umfeld der evangelischen Kirche.